

NIEDERSCHRIFT Nr.: 32/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am Mittwoch, 22.08.2018, um 16.00 Uhr

32. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:05 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen

Herr Robert Bücking

Frau Susanne Grobien

Herr Elias Tsartilidis

Herr Andreas Kottisch

Herr Sascha Lucht

Frau Dr. Henrike Müller

Herr Dieter Reinken (Vorsitzender)

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Frank Schildt

Frau Lencke Steiner

Herr Heiko Strohmann für Herrn Jörg Kastendiek

Von der Verwaltung

Herr Brunßen

Herr Cordßen

Herr Drücker

Frau Jansen

Frau Krumsee-Budde

Herr Dr. Kühling

Herr Peters

Herr Meyer

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Herr Tschupke

Frau Wessel-Niepel

Herr Wiebe

Gäste

Frau Geber (WFB)

Herr Göbel (WFB)

Herr Dr. Haustein (WFB)

Abg. Reinken eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil. Er weist darauf hin, dass unter TOP Verschiedenes Land eine Berichtsbitte der CDU-Fraktion zur Unterschutzstellung der Weser behandelt werde.

Herr Wiebe erläutert, dass der TOP 10 Stadt, Vorlage 19/572-S zu den Verstärkungsmitteln für Sicherheitsmaßnahmen für Märkten und Volksfesten auch in der staatlichen Deputation behandelt werden müsse, da dort eine Teilfinanzierung auch aus Landesmitteln vorgesehen sei.

Abg. Reinken nimmt die Vorlage unter TOP 17 Land in die Tagesordnung auf; Verschiedenes wird Top 18.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 31/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 13.06.2018

Abg. Rupp fragt, ob, wann und wie der Widerspruch in der EFRE-Liste zwischen beschlossenen Mitteln und scheinbar nicht verausgabten Mitteln aufgelöst werden könne.

Herr Wiebe weist auf Verfahrenskonstellationen hin, die die Projekte durch mehrfache Prüfschritte und Meldungen bei der Kommission durchlaufen würden. Erst danach könnten die Mittel als „verausgabt“ in dieser Darstellung aufgenommen werden.

Abg. Reinken schlägt vor, zusätzliche Vermerke zu diesen Sachverhalten ins Protokoll oder die Liste aufzunehmen.

Abg. Rupp insistiert, dass die Argumentation angesichts der fortgeschrittenen Zeit der EFRE-Förderperiode 2014-2020 nicht überzeuge. **Abg. Reinken** entgegnet, dass die Frage bitte an anderer Stelle erörtert und geklärt werde, da es sich nicht mehr nur um Fragen zum Protokoll handele.

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land); Jahresabschlüsse für das Wirtschaftsjahr 2017

Vorlage Nr. 19/561-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stellt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) deren Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2017 fest.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen erteilt in ihrer Funktion als

Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land)
der Geschäftsführung für das Wirtschaftsjahr 2017 Entlastung.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, den Jahresabschluss 2017 im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen zu veröffentlichen.
Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen **Jahresabschlüsse für das Wirtschaftsjahr 2017**

Vorlage Nr. 19/560-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stellt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sondervermögens Fischereihafen den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2017 fest.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen erteilt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sondervermögens Fischereihafen der Geschäftsführung Entlastung.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sondervermögens Fischereihafen den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen veröffentlichen zu lassen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 4 Produktgruppencontrolling **hier: Controllingbericht Januar - Juni 2018**

Vorlage Nr. 19/544-L/S

Abg. Frau Steiner fragt vor dem Hintergrund der Beschäftigtenstruktur insbesondere in der Altersgruppe bis 35 Jahre, wie das Ressort diesbezüglich gegensteuern werde.

Herr Wiebe erklärt, dies stelle sich inzwischen als allgemeines Problem des öffentlichen Dienstes dar. Senatsseitig seien Bemühungen auch überregionaler Art vorgesehen, den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren. Auch das Ressort würde die entsprechenden Anstrengungen, etwa über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie attraktive Bedingungen zu bieten, verstärken. Insgesamt sei die Lage aber schwierig.

Auf weitere Nachfrage der **Abg. Frau Steiner** zum Hintergrund der fehlenden Daten zum Produktplan 31 auf Seite 20 erläutert **Frau Jansen**, dass die Programm alle planmäßig angelaufen seien; aktuell gebe es ein personelles Problem, da die entsprechende Stelle zur Datenpflege aktuell unbesetzt sei.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Informationen zum Produktgruppencontrolling für den Zeitraum Januar bis Juni 2018 zur Kenntnis.

TOP 5 Haushalts und Wirtschaftsführung eines Forschungsinstituts hier: ttz -Erfüllung der vom RPA definierten Anforderungen an eine ordnungsgemäße Haushalts-und Wirtschaftsführung

Bericht zur Umsetzung des Sanierungskonzeptes und zur Ertragslage des ttz an den staatlichen Haushalts-und Finanzausschuss

Bericht an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss und den staatlichen Haushalts-und Finanzausschuss

Vorlage Nr. 19/548-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, diesen Bericht an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss weiterzuleiten.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, diesen Bericht über die Senatorin für Finanzen an den staatlichen Haushalts-und Finanzausschuss weiterzuleiten.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, noch im Jahr 2018 um einen weiteren Bericht über das endgültige Jahresergebnis 2017 sowie um Vorschläge zum Ausgleich des negativen Eigenkapitals des ttz.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 6 Jahresbericht des Rechnungshofs 2016 Tz. 1.12

Berichtsbitte des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zum Vertrag zur Weiterentwicklung der Jacob University Bremen

Vorlage Nr. 19/549-L

Abg. Rupp hält die Antworten in Teilen für unzureichend; weiteres könne aber im

Rechnungsprüfungsausschuss diskutiert werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Weiterleitung des Berichts an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 7 Sachstand Finanzierung Jacobs University Bremen

Vorlage Nr. 19/573-L

Abg. Rupp erinnert an die Datenlage aus 2017, die seines Erachtens bereits im Rahmen der Beratungen zur Haushaltsaufstellung aufzeigte, dass die Jacobs University Bremen (JUB) ohne öffentliche Zuschüsse auskommen könnte. Insofern halte er die Übernahme der Kredite nach wie vor für kritikwürdig.

Abg. Reinken betont, die Zahlen belegten die positive Entwicklung der JUB, die weiter positiv begleitet werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Sachstandsbericht zur Jacobs University Bremen gGmbH für das Jahr 2017 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 8 Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss zum Jahresbericht des Rechnungshofes 2017

hier: Punkt 1.14 "Prüfung der Förderung von Kultur und Sportveranstaltungen durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bremen (WFB)"

Vorlage Nr. 19/550-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Sie bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen den Bericht an den Rechnungsprüfungsausschuss weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 9 Stand des (geförderten) Breitbandausbaus in der Stadtgemeinde Bremen
Berichtsbitte für die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Vorlage Nr. 19/562-L/S

Abg. Frau Grobien dankt für die Vorlage und bittet darzustellen, ob und wann der Senat mit einem Verhandlungsabschluss rechne.

Herr Tschupke erklärt, dass die zeitliche Perspektive von den erforderlichen Nachlieferungen seitens der Telekommunikationsunternehmen abhängen. Anschließend müsste der Fördergeber unter Beteiligung der Bundesnetzagentur den ausgehandelten Verträgen zustimmen, was möglicherweise noch bis Jahresende 2018 erfolgen könne. Das ganze Verfahren beziehe sich im Übrigen auf den geförderten Breitbandausbau; der privatwirtschaftliche Ausbau durch die Telekommunikationsunternehmen sei davon unabhängig zu betrachten. Auf Nachfrage des **Abg. Reinken** führt er weiter aus, dass Bremen an die Vorgaben des Bundeswirtschaftsministeriums als Fördergeber gebunden sei.

Abg. Rupp bezweifelt, dass es keine negative Betroffenheit für KMU gebe. **Herr Tschupke** unterstreicht, dass es keine besondere Betroffenheit für KMU im Sinne des Mittelstandsförderungsgesetzes gebe.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet um einen aktualisierten Bericht nach Abschluss des Verhandlungsverfahrens. Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 Bericht zum Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

Aufstiegsfortbildungen stärker mit dem Studium gleichstellen - "Meisterprämie" im bremischen Handwerk einführen

(Drucksache 19/1497; Neufassung der Drucksache 19/1439)

Vorlage Nr. 19/551-L

Abg. Frau Böschen weist auf die hohe Bedeutung der Aufstiegsfortbildung für die Betroffenen und für den Standort Bremen hin. Es müsse eine Gleichbehandlung von universitärer und beruflicher Bildung geben. Dies sollte nicht auf eine reine Meisterausbildung im Handwerk beschränkt werden sondern es müsse eine Prämie für eine breite Gruppe von Menschen geben, die ab 01.01.2019 in die Aufstiegsfortbildung gehen.

Abg. Rupp spricht sich für eine sofortige Förderung von Meisterprämien aus und dann könne ein Konzept für die Aufstiegsfortbildung erarbeitet werden und nicht umgekehrt. Die

Fraktion DIE LINKE werde daher dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Abg. Frau Steiner führt an, dass dem Großteil des von CDU und FDP eingebrachten Antrages eigentlich zugestimmt werden könne und nur in einem kleinen Bereich eine Korrektur erfolgt sei. Die berufliche Bildung müsse mehr Wertschätzung erhalten. Dies hätte jetzt mit 240.000 Euro mobilisiert werden können. Danach hätte man eine weitere Vorgehensweise für die anderen Berufe erarbeiten können. Dies wäre ein klares Signal für junge Menschen gewesen.

Abg. Bücking hält die Überbrückung von einem halben Jahr bis zum 01.01.2019 für durchführbar. Damit sei nichts auf die lange Bank geschoben. Daher seien ihm die vorgebrachten Einwendungen unverständlich. Es betreffe ja nicht nur die Handwerksmeister sondern z.B. auch Frauen, denen diese Möglichkeit gegeben werden soll. Daher sei es absolut richtig das Vorgehen genau zu durchdenken und dann zu beginnen.

Abg. Frau Grobien stellt fest, dass die Vorschläge aus dem Antrag sehr wohl auf Zustimmung gestoßen seien, aber dennoch mit dem Ansatz der Koalitionsparteien übertroffen werden mussten. Dies sei wohl ein Zeichen für den Vorwahlkampf und sie bedauere, dass nicht kurzfristig eine Lösung erzielt werden könne.

Frau Jansen führt hierzu aus, dass sich die Vorlage mit Ansätzen aus allen Bundesländern auseinandergesetzt habe. Es solle noch im Herbst eine mit allen Ressorts abgestimmte Vorlage erstellt und in die Gremien gebracht werden.

Abg. Rupp spricht sich für eine Terminangabe im Beschlussvorschlag aus.

Frau Jansen sagt zu, in dem Beschlussvorschlag Nr. 2 nach „...um ein Konzept“ die Formulierung „einer Aufstiegsprämie ab 01.01.2019“ aufzunehmen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 24.01.2018 (Drucksache 19/1497; Neufassung der Drucksache 19/1439) zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um Weiterleitung des Berichtes an die Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP „Aufstiegsfortbildungen stärker mit dem Studium gleichstellen - ‚Meisterprämie‘ im bremischen Handwerk einführen“ vom 24.01.2018 (Drucksache 19/1497; Neufassung der Drucksache 19/1439) abzulehnen und gleichzeitig den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen um ein Konzept einer

Aufstiegsprämie ab 01.01.2019 zu bitten.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, die Stimme der Vertreterin der FDP und der Stimme des Vertreters der LKR.

TOP 11 Zwischenbericht der Beratungsstelle für mobile Beschäftigung und Opfer von Arbeitsausbeutung

Vorlage Nr. 19/553-L

Abg. Frau Böschen merkt an, dass es in der Anlage der Vorlage bei der Tabelle 7 statt 31.2.2017 wohl 31.12.2017 lauten müsse. Sie weist darauf hin, dass viele Zuwanderer aus Osteuropa keine hohen Qualifikationen nachweisen können. Diese werden oft unter nicht zumutbaren Arbeitsbedingungen eingestellt und seien nicht in der Lage, gegen diese Verstöße gegen geltende Gesetzesgrundlagen vorzugehen. Auf einer Veranstaltung der SPD in Bremerhaven wurde mit Akteuren vor Ort gesprochen. Hier habe sich herausgestellt, dass der Bekanntheitsgrad der Beratungsstelle noch erhöht werden müsse. Auch seien die Örtlichkeiten für diese Beratungsstelle noch nicht optimal. Zudem würden Gewerbeanmeldungen oft durch Bevollmächtigte erfolgen, so dass die eigentlich Betroffenen über die Regularien nicht informiert seien. Dies habe z. B. oft hohe Nachzahlungen an die Krankenkassen zur Folge. Es wäre hier z. B. hilfreich darauf zu bestehen, dass diese Personen persönlich ein Gewerbe anmelden und gleichzeitig Merkblätter in mehreren Sprachen zu Verfügung ständen, um auf die Folgekosten wie z. B. Krankenversicherungspflicht hinzuweisen.

Abg. Rupp stellt fest, dass diese Einrichtung dringend benötigt werde und daher fortgeführt werden müsse.

Abg. Frau Steiner hebt hervor, dass die Auflistung aber auch zeige, dass viele Unternehmer verantwortungsbewusst mit ihren Mitarbeitern umgingen.

Abg. Schildt führt an, dass es für Betroffene schwierig sei Anzeige gegen Arbeitgeber zu erstatten. Hier sei auch von der Arbeitgeberseite mehr Sensibilität gefordert.

Staatsrat Siering führt aus, dass sich der Beirat der Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung, MoBA, auch regelmäßig mit den Generalkonsulen der betroffenen Länder treffe. Es erfolge auch oft ein Einsatz im Rahmen der aufsuchenden Beratung vor Supermärkten oder Kirchen, wo sich viele Menschen mit Migrationshintergrund aufhalten. Vielfach gäbe es auch Angst sich beraten zu lassen, da die Betroffenen dann evtl. ihren Arbeitsplatz und somit auch ihre Unterkünfte verlieren könnten. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um einzelne Verfahrensschritte auszuarbeiten, wo staatlicherseits genauer hingeschaut werden müsse und wo ggf. die Aufgabe der MoBA endet. Es sei eine zentrale Aufgabe der MoBA diese Menschen vor Ausbeutung zu schützen.

Beschluss:

- 1.) Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Zwischenbericht der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung zur Kenntnis.
- 2.) Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Evaluation der Beratungsstelle im Rahmen eines Workshops zu und bittet noch im Herbst 2018 um Vorlage der Ergebnisse und eines Verfahrensvorschlags für die Jahre 2019 ff.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 12 Bericht zum Branchendialog Einzelhandel im Land Bremen

Vorlage Nr. 19/554-L

Abg. Rupp führt aus, dass hier die Situation im Einzelhandel ausführlich betrachtet werde. So sind 74 % - 85 % der Arbeitsplätze im Einzelhandel Frauenarbeitsplätze. Hier werden auch zunehmend durch den Onlinehandel Arbeitsplätze gefährdet. Dies sei eine problematische Situation. Die Lösungsvorschläge seien tendenziell dünn und die Problemlagen gäbe es bereits seit einiger Zeit. Daher sei es nicht ausreichend nur Kenntnis von dieser Vorlage zu nehmen, es müssten auch Konsequenzen für die Wirtschaftsförderung enthalten sein und konkrete Ansätze in dem Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Abg. Reinken erläutert, dass es sich hier um einen Dialog handeln würde, bei dem verschiedene Leute an einen Tisch geholt wurden, dies sei gut gelungen. Diese Partner seien am weiteren Dialog interessiert. Es sei auch Aufgabe des Ressorts eng dabeizubleiben. So sei es möglich, parlamentarische Anträge einzubringen, damit Instrumente der Wirtschaftsförderung hier berücksichtigt werden.

Abg. Schäfer weist auf Filialisten hin, die mehr Gewerbeinnahmen bringen, aber auch möglichst wenig Personal einstellen und viel Umsatz machen möchten. Zwar ginge von diesen Filialisten aber auch viel Strahlkraft aus, dennoch sei dieser Weg eine fehlerhafte Entwicklung für die Innenstadt.

Abg. Rupp gibt zu bedenken, dass es aber auch Alternativen gäbe. Es sei zu hinterfragen, welche Aufgabenstellungen für die Politik aus diesem Bericht abzuleiten seien.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht über den Branchendialog Einzelhandel zur Kenntnis.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen überweist die Vorlage zur Kenntnisnahme an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 13 Sachstandsbericht für den Rechnungsprüfungsausschuss: Erstattung von Fahrgeldausfällen im ÖPNV

Vorlage Nr. 19/555-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation nimmt den Zwischenbericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis und überweist diesen an den Rechnungsprüfungsausschuss.

TOP 14 Genehmigungen von Großraum- und Schwerlasttransporten - Halbjährige Berichterstattung

Vorlage Nr. 19/532-L

Abg. Reinken vermerkt die offenbar seit Monaten stabile Bearbeitungszeit von zwei Wochen als positiv.

Abg. Frau Grobien berichtet von weiterhin mindestens gelegentlichen Problemen der Bearbeitungszeit oder auch Mängeln in der Erreichbarkeit der zuständigen Stellen, sodass sei weiterhin mit Ladungsverlusten für Bremen rechne. Es sei daher angebracht, weiter halbjährlich zu berichten.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 15 Sitzungstermine der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen für das Jahr 2019

Vorlage Nr. 19/574-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der vorgeschlagenen Terminplanung für das erste Halbjahr 2019 zu:

Mittwoch 20. Februar 2019

Mittwoch 20. März 2019

Mittwoch 24. April 2019

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 16 Entwicklungsgebiet Werftquartier Bremerhaven

hier: Vorplanungskosten

Vorlage Nr. 19/547-L

Abg. Schildt weist besonders auf die der Vorlage beigelegte Gebietskarte hin, die verdeutliche, dass durch die Entwicklung des Gebietes zwischen Fischereihafen und Hafenwelten eine neue gemeinsame Entwicklung eingeleitet werde. Er begrüße die neue Verbindung und Integration der Gebiete ausdrücklich.

Herr Peters führt aus, dass die Umsetzung des Projektes große Potenziale für die Stadtentwicklung Bremerhavens biete.

Abg. Frau Steiner stimmt zu, dass das Vorhaben ein wichtiger Schritt für Bremerhaven darstelle, sich zukunftsfähig aufzustellen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Durchführung von Vorplanungen für das Stadtentwicklungsgebiet Werftquartier in Bremerhaven (Gesamtkosten 710.000 €) mit anteiligen Kosten in Höhe von 355.000 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung in Höhe von 88.750 € zugunsten der Haushaltsstelle 0706/891 21-8 „Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven“ unter bei der Haushaltsstelle 0709/891 23-5 „Förderprogramme – BIS“ zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 266.250 € bei der Haushaltsstelle 0706/891 21-8 mit der Abdeckung im Jahr 2019 in Höhe von 266.250 € aus Mitteln der Firma Weserwind zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 17 Sicherheitsmaßnahmen auf Märkten und Volksfesten

Verstärkungsmittel - Handlungsfeld "Sichere und Saubere Stadt"

Vorlage Nr. 19/572-L/S

Herr Wiebe erklärt einleitend zur Verschiebung des TOP aus der städtischen Deputation, dass ein Teil der Kosten für die gestiegenen Sicherheitsmaßnahmen auf Märkten und Volksfesten aus Landesmitteln gegenfinanziert werde, was eine Befassung auch der staatlichen Deputation erforderlich mache.

Frau Wessel-Niepel erläutert, dass die Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen bereits nach den seinerzeitigen Anschlägen 2016 eingeleitet, auf dem Freimarkt 2016 erstmals umgesetzt und 2017 fortgeschrieben worden sei. Diese Maßnahmen beträfen insbesondere

die Bereiche Sicherheitsdienst, Sanitätsdienst, Einzäunung und Notbeleuchtung. Die mit der Vorlage bereitzustellenden Verstärkungsmittel umfassten die Kosten für die Jahre 2018 und 2019.

Abg. Rupp erwartet, dass die Kosten für die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen ab 2020 in den regulären Haushalt überführt werden müssten.

Frau Wessel-Niepel bestätigt die Erwartung des Abg. Rupp und ergänzt, dass aktuell die Anpassung der Jahrmarktgebührenordnung vorbereitet werde. Diese sei erforderlich, weil die Kosten insgesamt - unabhängig von den erhöhten Sicherheitsmaßnahmen – gestiegen seien. Zu klären sei in diesem Zusammenhang, in welchem Umfang die Schausteller_innen über eine Erhöhung der Gebühren an der Kostentragung für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zu beteiligen seien.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Verwendung der Verstärkungsmittel – Handlungsfeld „Sichere und Saubere Stadt“ – für Sicherheitsmaßnahmen auf Märkten und Volksfesten i.H.v. 1.391.100 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Freigabe der für die Umsetzung notwendigen Landesmittel bis zu einer Höhe von 673.500 bzw. 717.600 € für die Jahre 2018 und 2019 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung im Haushaltsjahr 2018 bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 3752/532 37-0, Projekt S32 – Sicherheitsmaßnahmen auf Märkten und Volksfesten, i.H.v. 673.500 € zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung im Haushaltsjahr 2018 bei der Haushaltsstelle 3752/532 36-1, Kosten für Märkte, i.H.v. 61.890 € zu.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Umsetzungen gemeinsam mit der Senatorin für Finanzen vorzunehmen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 18 Verschiedenes

a) Senatspläne zur Unterschutzstellung der Weser und der Lesum auf bremischen Gebiet – Berichtsbitte der CDU-Fraktion

Mündlicher Bericht

Herr Peters erläutert, dass Bau- und Hafenressort die Verabredung getroffen hätten, zunächst keine Festlegungen hinsichtlich der Schutzkategorie zu treffen. Vielmehr sei vorgesehen, zunächst in Abstimmung mit der Bundesregierung in eine juristische Prüfung einzu-

treten, welches Schutzregime rechtsicher angewendet werden kann. Unabhängig von der konkreten Wahl des anzuwendenden Rechtsregimes komme es aber maßgeblich auf die konkreten Regelungsinhalte an. Hierzu habe sich das Ressort frühzeitig gegenüber dem Umweltressort und im vorlaufenden niedersächsischen Verfahren förmlich eingebracht.

Abg. Frau Grobien erwartet in der Sitzung der Umweltdeputation am 23.08.2018 dazu ähnliche Fragestellungen und befürchtet explizit die Einleitung des weiteren Verfahrens.

Herr Peters erwidert, dies sei auch nicht schädlich, denn ein Verfahren zur Unterschutzstellung müsse in jedem Fall eingeleitet werden, da dem Bund ansonsten ein Vertragsverletzungsverfahren der EU drohe; daher werde, wie vorher ausgeführt, das erforderliche Verfahren eingeleitet ohne schon eine Schutzkategorie festzulegen.

Abg. Reinken hebt die gute Zusammenarbeit der Ressorts hervor.

Abg. Schildt verweist auf die ausführliche Diskussion im Hafenausschuss; daher sollte eine weitere Diskussion vermieden werden, um ein Auseinanderfallen der Gremien in dieser Frage zu vermeiden, auch vor dem Hintergrund der anstehenden Aktuellen Stunde in der Bremischen Bürgerschaft zu einem ähnlichen Thema in der nächsten Woche.

Abg. Reinken stellt für die Deputation die Kenntnisnahme des mündlichen Berichtes fest.

b) Verlegung des Sitzungstermins 31.10.2018

Abg. Reinken erläutert, durch die Kollision des Sitzungstermins 31.10.2018 mit dem neuen Reformationstag als gesetzlichen Feiertag sei ein Ersatztermin erforderlich; vorgeschlagen werde der 25.10.2018. Er bittet zu der vorgeschlagenen Verlegung um Zustimmung.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Verlegung ihrer Sitzung vom 31.10.2018 auf den 25.10.2018 zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Reinken schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Reinken
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für die Protokollführung
TOP 10 - 13
Stellmacher

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Stand: 04.09.2018

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	41.562.240	2.967.340
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.453.000	2.289.213
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.248.902	2.173.113
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	9.497.100	82.790
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	3.105.615
Programm insgesamt	96.840.070	66.882.096	10.618.070

¹⁾ Hauptzuweisung ohne Leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt in 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EU-/EFRE-Anteil ohne nationale Kofinanzierung).

³⁾ Summe förderfähiger und anerkannter (geprüfter) Ausgaben. Aufgrund eines EU-/EFRE-Anteils von i. d. R. 50 % und damit einer erforderlichen nationalen Kofinanzierung in gleicher Höhe sind die Ausgaben nach vollständiger Umsetzung meist doppelt so hoch wie der EU-/EFRE-Beitrag. Tatsächlich ist der in den Projekten erreichte Ausgabenstand bereits höher. Die Ausgaben sind jedoch mehreren, aufwändigen Prüfschritten zu unterziehen. Um die Einheitlichkeit und Qualität der Angaben zu gewährleisten, werden die Ausgaben nur geprüft und damit zeitversetzt ausgewiesen.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Wirtschafts-deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Wirtschafts-deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Wirtschafts-deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/- innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-17	623.000	0
4	Wirtschafts-deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-17	465.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
5	Wirtschafts- deputation HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-21	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-20	6.000.000	0
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-18	950.000	929.665
8	Wirtschafts- deputation HaFA	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016-17	915.000	0
9	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudie Fischereihafen)	3	2016-17	498.902	0
10	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016-17	280.000	0
11	Wirtschafts- deputation HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	3.105.615
15	Wirtschafts- deputation HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	2.037.675 2.289.213 2.173.113

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
16	Wirtschafts- deputation HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	82.790
17	Wirtschafts- deputation HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0
18	Wirtschafts- deputation HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0
21	Wissenschafts- ausschuss HaFA	17.05.2017 09.06.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	0
22	Wirtschafts- deputation HaFA	27.09.2017 03.11.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-19	280.000	0
23	Wirtschafts- deputation HaFA	15.11.2017 01.06.2018	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-19	1.500.000	0
24	Wirtschafts- deputation HaFA	13.12.2017 26.01.2018	Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche	1	2018-21	1.220.000	0
25	Wissenschafts- ausschuss HaFA	11.04.2018 20.04.2018	Aufbau einer durchgängigen Prozesskette für das additive Manufacturing von hochbeanspruchten metallischen Bauteilen (IWT - ProAM)	1	2018-20	850.000	0
26	Senat Wirtschafts- deputation HaFA	08.05.2018 13.06.2018 29.06.2018	ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start- up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen	1	2018-21	1.075.000	0
27	Wirtschafts- deputation HaFA	13.06.2018 29.06.2018	Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven	4	2015-20	762.250	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
28	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung (AUF)	1	2016-21	2.100.000	0
29	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung anwendungsnahe Umwelttechniken (PFAU)	1	2016-21	4.000.000	0
30	Umweltdeputation HaFA	14.06.2018 15.06.2018	"Drehscheibe Gröpelingen" Neubau einer Umsteigeanlage	4	2018-22	1.250.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 22.08.2018)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 13.06.2018)
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
36.	LAZLO Umsetzung und Evaluierung	31.05.2017	Abg. Frau Böschen	Zwischenbericht am 13.12.2017 erfolgt, nächster Bericht Ende 2018
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	Ende 2018
43.	Ausschöpfung des Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	
44.	Stand der Bremer Vereinbarungen	13.06.2018	Abg. Rupp	19.09.2018
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	05.12.2018
46.	Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen Ausschreibung einer konkreten Pilotfläche	22.08.2018	Abg. Reinken	Bericht zum Jahresende 2018